WELTKLIMAKONFERENZ

„Die Stimmung ist extrem angespannt“

Die geopolitische Lage lässt wenig hoffen für die COP31 in Antalya – das Erstarken autoritärer Kräfte erschwert internationale Zusammenarbeit massiv. Hohe Erwartungen an die Konferenz habe er deshalb nicht, meint der Klimapolitikexperte Axel Michaelowa. Aber er erklärt, wo sich trotzdem etwas bewegt.

AXEL MICHAELOWA IM GESPRÄCH MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Huang/Menders

Bei einem Treffen in dem Inselstaat Tuvalu machten sich Entscheidungsträger*innen im Vorfeld der COP31 im Oktober ein Bild von den Auswirkungen des Klimawandels.

Die Weltklimakonferenz wird dieses Jahr erstmals von zwei Ländern ausgetragen: Die Türkei übernimmt die Präsidentschaft, Australien leitet die Verhandlungen. Was sind Ihre Erwartungen?
Diese Aufteilung ist ein schaler Kompromiss. Er gibt der Türkei alle Möglichkeiten, ihre Positionen durchzubringen und lässt Australien die Hauptarbeit machen – das wird die COP erheblich belasten. Die autoritäre Regierung der Türkei hat klimapolitisch immer nur gebremst und soll jetzt eine konstruktive Rolle bei der Leitung einer COP spielen – das passt nicht zusammen.

Zudem erzielen COPs vor allem dann konkrete Ergebnisse, wenn ein wichtiges Thema eine klare Frist hat. Das ist dieses Jahr nicht der Fall. Hinzu kommt das extrem schwierige globale Umfeld mit den Kriegen im Nahen Osten, wirtschaftlichen Verwerfungen, der stromfressenden KI-Revolution und dem Erstarken autoritärer Kräfte, die nicht an internationaler Kooperation interessiert sind. Ich gehe nicht davon aus, dass diese Klimakonferenz ein relevantes Ergebnis erzielen wird, sondern sehe sie eher als Übergangskonferenz zur COP in Äthiopien nächstes Jahr. Äthiopien hat Klimapolitik immer konsequent betrieben und sich international entsprechend eingebracht.

> „COPs erzielen vor allem dann konkrete Ergebnisse, wenn ein wichtiges Thema eine klare Frist hat. Das ist dieses Jahr nicht der Fall."

Weltweit geht die Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln wieder zurück. Wie wirkt sich das auf die Verhandlungen aus?
Die Stimmung ist extrem angespannt. Großbritannien kürzt die Mittel stark, auch die Schweiz und Deutschland kürzen. Das löst bei den Ländern des Globalen Südens großen Unmut aus, völlig zu Recht. In der Vorbereitungssitzung im Juni kam die Finanzierungsdebatte in nahezu allen Verhandlungssträngen auf. Die Länder des Globalen Südens wiederholten immer wieder: Die Industrieländer geben nicht genügend Finanzierung. Letztere wiederum fordern, dass vor allem die Schwellenländer und reichen Ölstaaten bei der Finanzierung des Klimaschutzes mitmachen. Das ist der alte Konflikt, der das Klimaregime seit Jahrzehnten prägt. Jetzt bricht er ganz offen aus.

Wo sind trotzdem Fortschritte möglich?
Antalya soll weitere Schritte zur Definition der 59 Anpassungsindikatoren einleiten, die letztes Jahr in Belém verabschiedet wurden. Diese „Belém Adaptation Indicators" sollen auf Landesebene Fortschritte bei der Klimaanpassung messbar machen.

Wieso ist das wichtig?
Die Auswirkungen der Klimaveränderung werden rasant stärker, und Anpassung hat für alle armen Länder höchste Priorität. Das ist hochaktuell mit Blick auf den derzeitigen „Super-El-Niño", der 2027 einen Temperaturanstieg auf 1,8 Grad über dem vorindustriellen Wert mit sich bringen könnte. Dennoch ist die Anpassungsfinanzierung immer noch viel geringer als die Minderungsfinanzierung. Damit sich das ändert, müssten vor allem die Finanzinstitutionen und der Privatsektor stärker einsteigen – denen aber fehlt klare Messbarkeit. Minderung kann man mittlerweile gut messen, weil es einen breiten Konsens zu den dafür relevanten Indikatoren gibt. Wenn man es in Antalya schafft, Fortschritte bei der Operationalisierung der Anpassungsindikatoren zu erzielen, dann hilft das, mehr öffentliche Finanzierung zu mobilisieren. So können international anerkannte Indikatoren beispielsweise Staaten helfen, bei Entwicklungsbanken und Klimafonds Kredite oder Zuschüsse für Anpassungsmaßnahmen zu beantragen. Ideal wäre eine internationale Institution, ein globaler Anpassungs-Think-Tank, der die Koordination übernimmt und ohne Eigeninteresse daran arbeitet, Transparenz herzustellen.

Auf der COP im letzten Jahr haben mehr als 80 Länder einen Fahrplan zur Abkehr von fossilen Energien gefordert, dieser scheiterte jedoch am Widerstand insbesondere großer fossiler Produzenten. Auf einer Konferenz im Frühjahr im kolumbianischen Santa Marta wollten knapp 60 Staaten das Thema dennoch vorantreiben. Kommt der Prozess voran?
Der Prozess stockt komplett. Zwar soll 2027 eine Folgekonferenz in Tuvalu stattfinden, aber die Santa-Marta-Initiative hat mit der Wahl des rechten Hardliners Abelardo de la Espriella zum Präsidenten Kolumbiens – und damit dem Ende der bisherigen linksgerichteten Regierung – einen wichtigen Initiator verloren. Auf der COP werden dieselben Kräfte, die den Fahrplan zum Komplettausstieg aus den fossilen Energien letztes Jahr abgelehnt haben, auch dieses Jahr wieder ablehnen. Erfolgversprechender ist das Elektrifizierungsziel „35 by 35", das auf großen Konsens stößt.

Das Ziel besagt, dass bis 2035 Strom 35 % des weltweiten Endenergieverbrauchs decken soll. Wieso ist das so vielversprechend?
Das Thema steht gar nicht offiziell auf der Verhandlungsagenda, sondern wurde von der Präsidentschaft einge-

bracht. Dennoch könnte es der Meilenstein dieser COP werden. Das Ziel kann nahezu jeder befürworten, weil keine feste Quote für die Energiequellen – erneuerbare oder fossile – festgelegt ist. Auch die Atom- und KI-Lobbys haben Interesse an mehr Stromproduktion.

Im Bereich internationale Kohlenstoffmärkte ist aktuell auch einiges in Bewegung. Die türkische COP31-Präsidentschaft hat verlauten lassen, dass sie in den nächsten Jahren zusätzliche 50 Milliarden Dollar für Treibhausgasemissionsgutschriften mobilisieren möchte. Der UN-geführte Kohlenstoffmarkt unter Art. 6.4 des Pariser Abkommens ist dieses Jahr deutlich vorangeschritten, beispielsweise bei der Anrechnung von Projekten für saubere Kochöfen. Geht es hier besser voran als in anderen Bereichen?
Dieser Bereich ist bisher sehr resilient. Es ist erstaunlich, wie es hier nach wie vor gelingt, stringentere Regeln voranzutreiben – während die Verhandlungen zu den meisten anderen Themen vom Streit über die Finanzierungsfrage gelähmt sind. Natürlich gibt es Lobbydruck, und der nimmt zu. Aber die Stimmung in der „Verhandlerfamilie" ist deutlich besser als in den anderen Verhandlungssträngen. Eine Entscheidung der EU verleiht der Debatte zudem viel Dynamik: Das Europäische Klimagesetz sieht seit diesem Jahr vor, dass künftig auch internationale Emissionsgutschriften auf das EU-Klimaziel für 2040 – Senkung der Treibhausgasemissionen um 90 % im Vergleich zu 1990 – angerechnet werden können. Die EU war bis 2010 ein Vorreiter im internationalen Kohlenstoffmarkt, wandte sich danach aber völlig von ihm ab.

Welche relevanten Entwicklungen sehen Sie darüber hinaus?
Hochspannend fand ich, dass kürzlich informell verlautbart wurde, China wäre bereit, die COP 2028 auszurichten. In dem Jahr endet der zweite Global Stocktake, und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird bewertet – es wird also weltweit Bilanz gezogen zu den Fortschritten bei Klimaschutz und Anpassung. In diesem Fall wäre zu erwarten, dass China als Gastgeber vorzeigbare Ergebnisse erzielen möchte. Dafür müsste es allerdings die Entwicklungen schon jetzt vorantreiben, was ein wirklicher Gamechanger sein könnte: Dann gäbe es jetzt eine echte Chance auf ein brauchbares Zweijahresprogramm bis 2028. Aber das bleibt abzuwarten.

Es würde zudem viel verändern, wenn China im Vorfeld der Konferenz 2028 öffentlich und ernsthaft ankündigte, dass es einen Ausstieg aus den fossilen Energien unterstützt. Das ist im Land selbst höchst umstritten. Dort beobachten wir sowohl die höchste Inbetriebnahme neuer Kohlekraftwerke seit einem Jahrzehnt als auch einen weiteren Rekordausbau der erneuerbaren Energien. Ich hoffe sehr, dass der Kampf der verschiedenen Interessen innerhalb der chinesischen Regierung zugunsten der erneuerbaren Energien ausgeht und nicht zugunsten der Kohle.

> „Die verwundbarsten Länder im Globalen Süden sehen, dass die internationale Zusammenarbeit immer weiter zurückgeht und sich die Mächtigen dieser Welt eigentlich um nichts scheren."

Was ist für die verwundbarsten Länder im Globalen Süden jetzt am wichtigsten?
Das Aufrechterhalten des Klimaregimes. Sie sehen, dass die internationale Zusammenarbeit immer weiter zurückgeht und sich die Mächtigen dieser Welt eigentlich um nichts scheren. Kleine, ärmere Länder sind davon besonders betroffen. Die Unterstützung des multilateralen Prozesses durch wichtige Akteure, auch die EU, ist entscheidend, damit diese Länder sich vertreten fühlen.

AXEL MICHAELOWA

ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet an der Universität Zürich sowie dem von ihm gegründeten Think Tank und Beratungsunternehmen Perspectives. Er nimmt seit der ersten Vertragsstaatenkonferenz 1995 an den UN-Klimaverhandlungen teil und ist Mitgründer und Vorstandsmitglied des Verbundes der unabhängigen Forschungsorganisationen (RINGOs), die bei den Klimaverhandlungen akkreditiert sind. Er berät weltweit Regierungen und Unternehmen zum Design klimapolitischer Instrumente, vor allem zu den internationalen Kohlenstoffmärkten.

michaelowa@perspectives.cc